Pressestelle des Senats

Hamburg

Wochendienst

Nr. 29
vom 2. August 2013
Redaktion: Katja Richardt

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter: www.hamburg.de/wochendienst

Soziales und Familie

Hamburg wird zur kinderfreundlichsten Stadt 2
Informationen zur Kindertagesbetreuung in Hamburg 5

Gesundheit und Verbraucherschutz

Chance zur Rückkehr in die Krankenversicherung nutzen 9

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Hamburg begrenzt Mieterhöhungen 10

Wissenschaft und Forschung

Senat bringt Anhebung der Professoren-Gehälter auf den Weg 11

Finanzen

Start der Hamburgischen Investitions- und Förderbank 12

Kultur

Dockville Festival für weitere zwei Jahre gesichert 14
Neue Publikation über Hamburgs Denkmäler 15

Medien

Die Freie und Hansestadt Hamburg verstärkt ihr Engagement beim Stadtportal hamburg.de 16

Zur Information

Terminkalender 18

30. Juli 2013/basfi30

Hamburg wird zur kinderfreundlichsten Stadt

Kita-Rechtsanspruch für alle Kinder ab vollendetem ersten Jahr erfolgreich umgesetzt

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz hat die erfolgreiche Umsetzung der Kita-Rechtsanspruchs für Kinder ab vollendetem ersten Lebensjahr in Hamburg als einen „weiteren wichtigen Schritt im Interesse der modernen Stadt Hamburg sowie der Kinder und Eltern in Hamburg“ bezeichnet. Hamburg ermögliche Eltern, ihr Kind früh fördern zu lassen sowie Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. „Wir wollen, dass Kinder möglichst früh vom Bildungsangebot der Kitas profitieren und junge Mütter und Väter schnell wieder in den Beruf einsteigen können, wenn sie das möchten“, sagte Scholz am Dienstag.

Vom 1. August 2013 an haben in Hamburg alle Kinder ab ihrem ersten Geburtstag einen Rechtsanspruch auf fünfstündige Betreuung täglich – inklusive Mittagessen – in einer Krippe oder Kita. In Absprache mit der jeweiligen Einrichtung können Eltern ein Kontingent von 25 Stunden wöchentlich auch an verschiedenen Tagen in Anspruch nehmen. Alternativ können sich Eltern auch dafür entscheiden, ihr Kind von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater betreuen zu lassen.

„Wir gehen mit der Hamburger Regelung einer fünfstündigen Betreuung plus Mittagessen über die Praxis in anderen Bundesländern hinaus“, betonte **Sozialsenator Detlef Scheele**. Denn in vielen anderen Ländern beschränke sich der allgemeine Rechtsanspruch lediglich auf eine vierstündige Betreuung. „Darüber hinaus haben berufstätige Eltern bereits seit August 2006 einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz für ihre Kinder, und zwar bis zu zwölf Stunden täglich.“

Hohe Dynamik beim Kita- und Krippen-Ausbau

Scheele sagte, Hamburg könne den Rechtsanspruch der Eltern auf Betreuung für Einjährige vollständig und sofort umsetzen. Das resultiere aus der Tatsache, dass der Hamburger Senat die Krippenbetreuung in den vergangenen Jahren massiv ausgebaut habe. In Hamburg werden im August 2013 voraussichtlich rund 21.500 Kinder unter drei Jahren in Kitas und Kindertagespflege betreut. Das entspricht einer Betreuungsquote von 43 Prozent für alle Kinder unter drei Jahren. In Bezug auf alle Ein- und Zweijährigen, also auf die beiden Jahre, für die der bundesgesetzliche Rechtsanspruch gilt, beträgt die Hamburger Quote sogar 62 Prozent. (Für die Einjährigen wird im August 2013 mit einer Betreuungsquote von 50 Prozent und für die Zweijährigen von 75 Prozent gerechnet.)

Gegenüber März 2008 ergibt sich ein Zuwachs von rund 10.500 Kindern (+95%). „Damit nimmt Hamburg schon jetzt beim Krippenausbau eine klare Spitzenposition in Westdeutschland ein“, betonte Scheele. Der Senat habe sein Versprechen gehalten, dass jedes Kind ab einem Jahr ab dem 1. August 2013 in Hamburg einen Platz in einer Kita oder Krippe bekomme. Hamburg wendet in diesem Jahr für die Betriebskosten der Krippenbetreuung rund 191,3 Millionen Euro auf. Davon trägt der Bund rund 18,2 Millionen Euro bzw. rund neun Prozent.

Bedarfsgerechtes Kita-Gutschein-System

Das Hamburger Kita-Gutschein-System sorgt seit zehn Jahren dafür, dass Familien die Bildungs- und Betreuungsangebote bekommen, die ihren Bedürfnissen entsprechen. Hamburg plant nicht zentral, sondern Angebot und Nachfrage regulieren den Kinderbetreuungsmarkt. Die Kitas und ihre Träger kennen die Bedarfe vor Ort und können ihre Angebote dezentral, selbständig und eigenverantwortlich anpassen und gegebenenfalls auch neue Kitas aufbauen. Darüber hinaus führt das Kita-Gutschein-System zu einem stetigen Qualitätswettbewerb zwischen den Anbietern. Kitas können nur erfolgreich bestehen, wenn sie genügend Familien davon überzeugen, ihr Angebot zu wählen. Sie bemühen sich deshalb, ihr Angebot so passgenau wie möglich auf die Bedürfnisse der Familien zuzuschneiden. Aufgrund des flexiblen und nachfrageorientierten Kita-Gutschein-Systems hat Hamburg den Krippenausbau mit großer Dynamik erfolgreich bewältigt. Mittlerweile nehmen mehr als 1.050 Kitas am Kita-Gutschein-System teil.

Frühkindliche Förderung

Ziel ist es, Kinder möglichst früh und so individuell wie möglich zu fördern. Entsprechend sehen die „Hamburger Bildungsempfehlungen für die Bildung und Erziehung von Kindern in Tageseinrichtungen“ vor, dass die individuelle Sprachförderung der Kinder zu den Querschnitts- und Regelaufgaben des pädagogischen Personals in der Kita gehören. Senator Scheele sagte: „Wir erhoffen uns von der früheren Förderung der Kinder auch einen Beitrag zur Chancengleichheit. Der Bildungserfolg hängt in Hamburg noch zu sehr vom Elternhaus ab.“

Hamburg wird kinderfreundlichste Stadt Deutschlands

Bürgermeister Scholz sagte, der erfolgreiche Ausbau der Kinderbetreuung in Hamburg trage wesentlich dazu bei, dass die Hansestadt kinder- und elternfreundlichste Stadt Deutschlands werde. Das habe nicht zuletzt positive Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft der Stadt, der Metropolregion und der Bundesrepublik. „Wenn Eltern Beruf und Familie miteinander vereinbaren können, profitiert davon auch die Wirtschaft. Das ist ein nicht zu unterschätzender Effekt – insbesondere in Zeiten, in denen viel von Fachkräftemangel die Rede ist.“ Wichtiger erscheine es aber, jungen Leuten und Eltern zu zeigen: „Hamburg ist eine Stadt, die sich auf eure Wünsche eingestellt hat und die euch die Chance geben will, hier glücklich zu leben und erfolgreich zu arbeiten“, betonte der Erste Bürgermeister.

Qualitativ hochwertige Kinderbetreuung

„Unser vordringlichstes Ziel war es dafür zu sorgen, dass ausreichend Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Dies war eine große Kraftanstrengung“, sagte Scheele. „Und wir investieren auch in die Qualität. So fördern wir gezielt Kitas, die in Gebieten liegen, wo ein hoher Sprachförderbedarf besteht. Hier haben wir das Programm „Kita Plus“ aufgelegt. Dadurch erhalten rund 280 Kitas zusätzliches Personal.“

Hamburg wendet (neben Berlin) das meiste Geld pro Kind unter sechs Jahren für die Kinderbetreuung auf. Insgesamt haben sich die Kita-Ausgaben (ohne Hort-Betreuung) von 333,5 Millionen Euro in 2008 um 183,9 Millionen Euro auf 517,4 Millionen Euro in 2013 erhöht (+55 Prozent).

Im kommenden Jahr werden die Eltern weiter entlastet: Dann wird das Basisangebot in der Kindestagesbetreuung im Krippen- und Elementarbereich (fünf Stunden plus Mittagessen) gebührenfrei sein.

Anlage: „Informationen zur Kindertagesbetreuung in Hamburg“

Rückfragen der Medien

Hamburger Senatskanzlei
Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg |
Pressestelle | Christoph Holstein
T +49 40 42831 - 2242 | F +49 40 42831 -2814 |
christoph.holstein@sk.hamburg.de | www.hamburg.de

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg |
Pressestelle | Olaf Dittmann
T +49 40 428 63- 2889 | F +49 40 428 63 - 4344 |
pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

Informationen zur Kindertagesbetreuung in Hamburg

Rechtsansprüche auf einen Platz in Krippe, Kita oder Kindertagespflege

Ab August 2013 haben alle Kinder in Hamburg ab einem Jahr einen Rechtsanspruch auf eine fünfstündige Betreuung täglich – inklusive Mittagessen in einer Krippe oder Kita. In Absprache mit der Kita können auch 25 Stunden pro Woche an verschiedenen Tagen in Anspruch genommen werden. Alternativ können sich Eltern auch dafür entscheiden, ihr Kind von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater betreuen zu lassen.

In vielen anderen Bundesländern bezieht sich dieser Rechtsanspruch lediglich auf eine täglich vierstündige Kindertagesbetreuung. Hamburg geht in diesem Punkt einen Schritt weiter. Darüber hinaus haben in Hamburg alle Kinder, deren Eltern berufstätig sind oder eine Ausbildung absolvieren, bereits seit August 2006 einen Kita-Rechtsanspruch von bis zu zwölf Stunden täglich. Kinder mit einem dringlichen sozialpädagogischen Förderbedarf haben Anspruch auf eine Kita-Betreuung in dem zeitlichen Umfang, der nötig ist, um sie optimal zu fördern.

2002 - Erfolgreiche Kita-Volksinitiative

Hamburg hat bundesweit bereits vor zehn Jahren eine Vorreiterrolle in der Kita-Politik eingenommen. Die Volksinitiative „Für eine kinder- und familiengerechte Kita-Reform“ hatte bereits im Dezember 2002 Unterschriften gesammelt, um die Kinderbetreuung in Hamburg per Gesetz neu zu regeln. Initiatoren der Initiative waren Olaf Scholz, Jutta Blankau und Ties Rabe. Im Februar 2003 konnte die Initiative 22.642 gültige Unterschriften vorlegen – mehr als doppelt so viele wie nötig gewesen wären.

Nachdem das anschließende Volksbegehren mit über 170.000 Unterschriften das erforderliche Quorum erreicht hatte, einigten sich der damalige Erste Bürgermeister Ole von Beust (CDU) und der Sprecher der Volksinitiative, Olaf Scholz, im April 2004 auf einen Gesetzentwurf, der auf den Forderungen der Initiative basierte. Für Drei- bis Sechsjährige wurde der Kita-Rechtsanspruch u.a. von vier auf fünf Stunden ausgeweitet – inkl. Mittagsessen. Für alle anderen Kinder bis zum 14. Lebensjahr, deren Eltern berufstätig sind oder eine Ausbildung absolvieren, wurde erstmals ein Rechtsanspruch auf Kindertages-betreuung eingeführt.

Regierungsprogramm des Hamburger Senats

Vor Bürgerschaftswahl im Februar 2011 hat die Hamburger SPD intensive Gespräche mit dem Landeselternschuss Kindertagesbetreuung (LEA) geführt, um die Hamburger Kindertagesbetreuung zu verbessern. Der LEA und die SPD haben sich im Januar 2011 auf mehrere Maßnahmen verständigt, von denen die meisten schon umgesetzt sind:

- ✓ **August 2011 - Kita-Sofortpaket:** Komplette Rücknahme der Elternbeitragserhöhungen aus dem Jahr 2010, Abschaffung des Essensgelds, beitragsfreies Vorschuljahr auch für „Kann-Kinder“, Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung wieder für alle Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr
- ✓ **August 2012 – vorgezogener Rechtsanspruch für alle Kinder ab zwei Jahren**: täglich eine fünfstündige Betreuung mit Mittagessen – ein Jahr vor dem bundesweiten Rechtsanspruch
- ✓ **Januar 2013 – Programm Kita-Plus**: 280 Hamburger Kitas mit sehr hohem Anteil von Kindern aus sozial benachteiligten oder aus Familien mit Migrationshintergrund erhalten 24 Prozent mehr Personal im Elementarbereich (Kinder von drei bis sechs Jahren), das insbesondere die Sprachentwicklung der Kinder individuell fördern soll.
- ✓ **August 2014 – Gebührenfreies Basis-Kita-Angebot:** Im Krippen- und Elementarbereich wird das Angebot von fünf Stunden Betreuung täglich plus Mittagessen für Eltern dann gebührenfrei sein.

Kita-Gutschein-System

Das Hamburger Kita-Gutschein-System sorgt seit zehn Jahren dafür, dass Familien die Bildungs- und Betreuungsangebote bekommen, die ihren Bedürfnissen entspricht. Hamburg plant nicht zentral, sondern Angebot und Nachfrage regulieren den Kinderbetreuungsmarkt. Die Kitas und ihre Träger kennen die Bedarfe vor Ort und können ihre Angebote dezentral, selbständig und eigenverantwortlich anpassen und gegebenenfalls auch neue Kitas aufbauen. Darüber hinaus führt das Kita-Gutschein-System zu einem stetigen Qualitätswettbewerb zwischen den Anbietern. Kitas können nur erfolgreich bestehen, wenn sie genügend Familien davon überzeugen, ihr Angebot zu wählen. Sie bemühen sich deshalb, ihr Angebot so passgenau wie möglich auf die Bedürfnisse der Familien zuzuschneiden. Aufgrund des flexiblen, nachfrageorientierten Kita-Gutschein-Systems hat Hamburg den Krippenausbau mit großer Dynamik erfolgreich bewältigt. Dadurch kann Hamburg allen Kindern ab einem Jahr einen Betreuungsplatz garantieren. Mittlerweile nehmen über 1.050 Kitas am Kita-Gutschein-System teil.

Betreuungssituation im Krippenbereich

- Zum ersten August 2013 werden in Hamburg zum Start des Kita-Rechtsanspruches für alle Kinder ab einem Jahr ausreichend viele Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Der Grund dafür ist, dass Hamburg die Krippenbetreuung in den vergangenen Jahren massiv ausgebaut hat.

- In Hamburg werden im August 2013 voraussichtlich rund 21.500 Kinder unter drei Jahren in Kitas und Kindertagespflege betreut. Das sind rund 3.800 Kinder (21%) mehr als im Vorjahr. Gegenüber März 2008 ergibt sich ein Zuwachs von rund 10.500 Kindern (+95%). Hamburg ist damit Spitzenreiter unter den westdeutschen Ländern beim Krippenausbau.
- Die Krippen-Betreuungsquote für alle Kinder unter drei Jahren wird damit von rund 23 Prozent im März 2008 um rund 20 Prozentpunkte auf voraussichtlich rund 43 Prozent im August 2013 steigen. In Bezug auf alle Ein- und Zweijährigen, also auf die beiden Jahrgänge, für die der bundesgesetzliche Rechtsanspruch gilt, beträgt die Hamburger Quote sogar 62 Prozent.

- Für die Einjährigen wird dabei im August 2013 mit einer Betreuungsquote von 50 Prozent und für die Zweijährigen von 75 Prozent gerechnet.

Betreuungssituation im Elementarbereich

- In Hamburg wurden im März 2013 rund 45.700 Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren in Kitas, Kindertagespflege und Vorschulklassen betreut. Das sind rund 2.250 Kinder (5,2%) mehr als im Vorjahr. Gegenüber März 2008 ergibt sich ein Zuwachs von rund 6.800 Kindern (+17,5%). Das zeigt, dass sich die Hamburger Kitas inzwischen als Bildungsinstitutionen nachhaltig etabliert haben.
- Die Elementar-Betreuungsquote stieg – incl. Vorschule - von rund 86 Prozent im März 2008 auf rund 96 Prozent im März 2013. Allein im vergangenen Jahr ist die Quote um 4,2 Prozentpunkte gestiegen.

Investitionsprogramm Krippenausbau 2008 - 2014

- In Hamburg wurden für das Krippenausbauprogramm 2008 bis 2012 für die geförderten Betreuungsplätze in Kitas und Kindertagespflege insgesamt rund 65,4 Millionen Euro aufgewendet. Rund 17,8 Millionen Euro hat Hamburg als Landesmittel bereitgestellt.
- Für das Krippenausbauprogramm 2013/2014 sind bislang Zuwendungen von rund 13,2 Millionen Euro für neue Krippenplätze in Kitas und in der Kindertagespflege bewilligt. Auf die für das Programm 2013/14 bewilligten Zuwendungen beteiligt sich der Bund mit knapp 7 Millionen Euro. Das sind rund 50 Prozent der für Hamburg bereit gestellten Bundesmittel von rund 14 Millionen Euro. Hamburg hat darüber hinaus aus eigenen Mitteln rund 12 Millionen Euro bereitgestellt. Insgesamt stehen damit für den Krippenausbau in den Jahren 2013/14 rund 26 Millionen Euro zur Verfügung. Für beide Krippenausbauprogramme zusammen ergibt sich eine Gesamtsumme von rund 91,5 Millionen Euro. Davon hat Hamburg knapp 30 Millionen Euro bereitgestellt.

Qualitätsentwicklung

- Seit November 2012 gelten die überarbeiteten „Hamburger Bildungsempfehlungen für die Bildung und Erziehung von Kindern in Tageseinrichtungen“ als die verbindliche Grundlage für die pädagogische Arbeit in den Hamburger Kitas.

- Kita-Träger und -Verbände, der Landeselternausschuss Kindertagesbetreuung (LEA) sowie die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) haben sich darauf verständigt, die Qualität aller Hamburger Kindertageseinrichtungen künftig regelmäßig und unabhängig begutachten zu lassen. Die externe Überprüfung der Qualität soll Ende 2014 starten (Kita-TÜV).

Pressestelle der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) – Juli/August 2013
Tel. 040-42863-2889, E-Mail: pressestelle@basfi.hamburg.de

1. August 2013/bgv01

Chance zur Rückkehr in die Krankenversicherung nutzen

Bis Ende des Jahres gilt ein Schuldenerlass

Menschen ohne Krankenversicherung haben ab sofort fünf Monate Zeit, ohne Schuldenberg in eine gesetzliche Krankenkasse zurück zu kehren. Bis Ende 2013 gilt der gesetzliche Schuldenerlass in der GKV, so dass der Versicherungsschutz wieder aufgenommen werden kann, ohne angehäufte Beitragsschulden zahlen zu müssen.

„Es gilt zu Recht Versicherungspflicht in Deutschland“, so **Hamburgs Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Die kommenden fünf Monate bieten Nichtversicherten die Chance, ihre Gesundheitsversorgung auf sichere Beine zu stellen. Und dies ohne Sorgen über Schulden oder Versäumnisse der Vergangenheit. Damit können auch diese Menschen wieder an der Gesundheitsversorgung teilhaben, ohne dass sie durch Säumniszuschläge in eine Spirale immer neuer Schulden geraten.“

Das „Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung" gilt ab dem 1. August. Durch das Gesetz können ehemaligen gesetzlich Versicherten die Beitragsschulden erlassen werden, wenn sie sich bis 31. Dezember 2013 bei der Krankenkasse melden. Bei bereits Versicherten, die mit ihren Beitragszahlungen im Rückstand sind, wird der Säumniszuschlag für noch nicht gezahlte Beiträge dauerhaft von fünf auf ein Prozent gesenkt.

Wer sich bis Ende des Jahres in einer privaten Krankenkasse versichert, bekommt den sogenannten Prämienzuschlag erlassen. Dies ist die Beitragssumme, die sich in der versicherungsfreien Zeit angesammelt hat. Darüber hinaus wird in der privaten Krankenversicherung für säumige Beitragszahler ein Notlagentarif eingeführt und damit der Abbau von Beitragsschulden erleichtert.

„Ab 2014 wird die Nachzahlung erneut fällig, deshalb rate ich dringend dazu, die Zeit bis zum Jahresende zu nutzen“, so **Senatorin Prüfer-Storcks**. „Eine Pflicht zur Krankenversicherung gibt es zwar schon seit 2007, doch scheuen immer noch Menschen aus Angst vor ihren Schulden die Rückkehr in die Solidargemeinschaft und setzen damit ihre Gesundheit massiv aufs Spiel.“

Weitere Informationen sowie Beispiele zu Einzelfällen bietet auch die Seite des Bundesgesundheitsministeriums unter www.bundesgesundheitsministerium.de.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

30. Juli 2013/bsu30

Hamburg begrenzt Mieterhöhungen

Senat erlässt Verordnung zur Absenkung der Kappungsgrenze

Der Hamburger Senat hat heute eine Rechtsverordnung erlassen, mit der die Kappungsgrenze für Mieterhöhungen im laufenden Mietverhältnis von 20 % auf 15 % in drei Jahren abgesenkt wird. Diese Verordnung gilt flächendeckend in Gesamt-Hamburg. Damit profitieren alle Mieterinnen und Mieter von dieser mietpreisdämpfenden Maßnahme. Die Verordnung tritt am 1. September 2013 in Kraft und gilt zunächst für die nach dem Gesetz maximal mögliche Dauer von fünf Jahren.

Der Hamburger Senat hat damit von einer seit Inkrafttreten des Mietrechtsänderungsgesetzes zum 1. Mai 2013 bestehender Möglichkeit einer Mietpreisbegrenzung Gebrauch gemacht. Der Schutz von Hamburger Mieterinnen und Mietern wird dadurch verbessert.

Die Absenkung der Kappungsgrenze reiht sich ein in die Maßnahmen zum Schutz der Mieterinnen und Mieter, die der Senat in den vergangenen Monaten auf den Weg gebracht hat. Dazu gehören die Bundesratsinitiativen zur Bekämpfung von Mietpreisüberhöhungen und zur Entlastung Wohnungsuchender durch Einführung eines Bestellerprinzips bei der Maklercourtage sowie die Verschärfung des Wohnraumschutzgesetzes.

Hintergrund Kappungsgrenze

Der Begriff "Kappungsgrenze" ist im Mietrecht in § 558 Abs. 3 BGB geregelt. Als Kappungsgrenze wird im Mietrecht die gesetzliche Regelung bezeichnet, nach der sich die Miete insgesamt innerhalb von drei Jahren um nicht mehr als 20 Prozent erhöhen darf. Das am 1. Mai 2013 in Kraft getretene Mietrechtsänderungsgesetz ermächtigt die Landesregie-rungen nun, diese Kappungsgrenze auf 15 % herabzusetzen, wenn die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt hat festgestellt, dass in Gesamt-Hamburg eine solche Gefährdungslage besteht. Deshalb hat der Senat beschlossen, die Absenkung der Kappungsgrenze für Mieterhöhungen im laufenden Mietverhältnis von 20 Prozent auf 15 Prozent flächendeckend einzuführen.

Rückfragen der Medien: Kerstin Graupner**;** Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Tel.: 040 / 428 41 – 2051, Mail: pressestelle@bsu.hamburg.de

30. Juli 2013/bwf30

Senat bringt Anhebung der Professoren-Gehälter auf den Weg

Garantierte Besoldung soll rückwirkend zum 1. Januar 2013 erhöht werden

Der Senat hat beschlossen, die garantierte Besoldung für W2- und W3-Professuren zu erhöhen. Der heute vorgelegte Gesetzentwurf trägt damit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur verfassungsgemäßen Besoldung von Professorinnen und Professoren in der sog. W-Besoldung Rechnung. Außerdem stärkt er die Autonomie der Hochschulen, indem die gesetzliche Regelung zum Vergaberahmen gestrichen wird. Die Novelle wird nun den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Berufsverbände sowie dem Landespersonalausschuss zur Stellungnahme übermittelt.

Der Senat beabsichtigt die rückwirkende Anhebung der garantierten Besoldung für Professorinnen und Professoren. Damit wird das Hamburgische Besoldungsrecht an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts angepasst. Die wesentlichen Inhalte der Neuregelung sind:

- Die garantierte Besoldung für Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppen W2 und W3 wird rückwirkend zum 1. Januar 2013 um jeweils 606,88 Euro angehoben. Hinzu kommt eine allgemeine Anhebung der Grundgehälter aufgrund der jüngsten Tarifabschlüsse im Öffentlichen Dienst um weitere 2,45 % (vgl. Pressemitteilung des Personalamts vom 28. Mai 2013). Das entspricht einer Anhebung um insgesamt 16,24 %.

- Vorhandene Leistungsbezüge werden auf den Anhebungsbetrag zu 50 % angerechnet. Damit wird eine überhöhte Besoldung bereits jetzt hoch besoldeter Personen vermieden und zugleich sichergestellt, dass das Leistungselement erhalten bleibt.

- Der sog. Vergaberahmen wird abgeschafft.

In einem Urteil aus dem Jahr 2012 hatte das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass das Grundgehalt der Besoldungsordnung W2 des Landes Hessen in seiner damaligen Höhe nicht dem verfassungsrechtlichen Alimentationsprinzip entsprach. Aufgrund der vergleichbaren Grundstrukturen der Professorenbesoldung sind alle Bundesländer berufen, ihre Regelungen an die vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Grundsätzen anzupassen. Eine Berücksichtigung der bisher gezahlten Leistungsbezüge ist in allen Bundesländern beabsichtigt. Im Ländervergleich stellt die Hamburger Neuregelung die Professorinnen und Professoren finanziell mit am besten.

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Julia Rauner

Tel: 040/42863-2339, E-Mail: julia.rauner@bwf.hamburg.de

01.08.2013/fb01

Start der Hamburgischen Investitions- und Förderbank

IFB HAMBURG
Hamburgische Investitions- und Förderbank

Am heutigen Tag nimmt die Hamburgische Investitions- und Förderbank (IFB Hamburg) ihre Arbeit auf. Damit werden die in Hamburg bestehenden Förderressourcen für Wohnungsbau, Wirtschaft, Innovation und Umwelt erstmalig zentral in einer Institution gebündelt und zielgerichtet weiterentwickelt.

Die IFB Hamburg wird mit ihrem Beratungscenter zentraler Ansprechpartner für die Wohnungsbau-, Wirtschafts-, Innovations- und Umweltförderung in Hamburg. Das neue Förderinstitut wird den kleinen und mittleren Hamburger Unternehmen über ihre jeweiligen Hausbanken zum 1. August u.a. einen sogenannten Hamburg-Kredit anbieten, mit dem diese zu günstigen Finanzierungsbedingungen Investitionen und Betriebsmittel bis zu einer Höhe von 500.000 Euro finanzieren können. Programme der Umwelt- und Klimaschutzförderung, die sich insbesondere an Unternehmen richten, werden künftig von der IFB Hamburg durchgeführt. Mit der Fortführung der bewährten Arbeit der Innovationsstiftung in der IFB Hamburg wird das Innovationsfördersystem gestärkt.

Mit der Gründung der Bank soll die Wirkung der Hamburger Förderpolitik verbessert werden. Ein wesentliches Ziel ist die verstärkte Inanspruchnahme von Mitteln der EU und des Bundes in Hamburg. Hamburgs Position als einer der stärksten Wirtschaftsstandorte Europas soll durch die IFB Hamburg gefestigt werden. Die erfolgreiche Wohnraumförderung der Wohnungsbaukreditanstalt wird in der IFB Hamburg in bewährter Form fortgeführt. Um die wohnungspolitischen Ziele des Senats umzusetzen, stehen dem Bereich der Wohnraumförderung rd. 717 Mio. EUR des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zur Verfügung. Unabhängig vom Aufbau der neuen Förderbereiche der IFB Hamburg wird die Wohnraumförderung insgesamt auf absehbare Zeit mit Abstand das größte Fördersegment bleiben.

Daten und Fakten zur Hamburgischen Investitions- und Förderbank

Vorstand:	Ralf Sommer (Vorsitzender), Wolfgang Overkamp
Mitarbeiter:	bis Ende 2014 geplant ca. 235
(ist 12.2012 196)	
Eigenkapital:	799,8 Mio. €
geplante Bilanzsumme:	2013 ca. 5,5 Mrd. €; 2014 ca. 5,8 Mrd. €
Verwaltungsratsvorsitzende:	Senatorin Jutta Blankau (BSU)
Stellv. Verwaltungsratsvorsitzender:	Senator Dr. Peter Tschentscher (FB)
Weitere Verwaltungsratsmitglieder	
für den Senat:	Staatsrat Dr. Bernd Egert (BWVI), Josef Katzer (HWK), Marco Lohmann (Baugenossenschaft Bergedorf-Bille), Katrin Rohmann (Deloitte & Touche), Dr. Thomas Schünemann (HK) und Dr. Harald Vogelsang (HASPA)
Internetauftritt:	www.ifbhh.de
IFB-Beratungscenter Wirtschaft:	Telefon: (040) 24846 -533, E-Mail: foerderlotsen@ifbhh.de

Rückfragen:

Hamburgische Investitions- und Förderbank, Torsten Fragel
Telefon: (040) 24 84 6 - 310, Telefax: +(040) 24 84 6 56 - 310
E-Mail: T.Fragel@ifbhh.de

Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Kerstin Graupner
Telefon: (040) 428 41 - 2051
E-Mail: pressestelle@bsu.hamburg.de

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Susanne Meinecke
Telefon: (040) 428 41 - 2239
E-Mail: susanne.meinecke@bwvi.hamburg.de

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

31.07.2013/kab31

Dockville Festival für weitere zwei Jahre gesichert

Das Festival für Kunst und Musik kann auf dem Gelände der Hamburg Port Authority (HPA) in Wilhelmburg bleiben

Die Stadt hat den Veranstaltern des Dockville Festivals im Hamburger Hafen die Zusage erteilt, das Gelände im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg am Reiherstieg mindestens für weitere zwei Jahre bis zum Jahr 2015 zu nutzen. Darüber hinaus sagt die Stadt dem Festival auch langfristig gesehen mehr Planungssicherheit zu. Das Festival findet dieses Jahr vom 16. -18. August 2013 mit über 130 internationalen Bands und DJs wieder auf der Elbinsel statt.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Das dieses Jahr bereits zum siebten Mal stattfindende Musikfestival Dockville hat sich im Laufe der letzten Jahre zu einem Fixpunkt der Hamburger Festivallandschaft entwickelt. Uns liegt sehr viel daran, das Dockville Festival in Hamburg zu halten. Das international beachtete Musikfestival ist als innovatives Kulturprojekt mit internationaler Ausrichtung und lokaler Anbindung ein zentraler Bestandteil des Musik- und Festivalstandorts Hamburg geworden. Es ist ein wichtiger Anker für die kulturellen Aktivitäten auf der Elbinsel. Wir freuen uns, das Dockville Festival weiterhin im Herzen Hamburgs zu wissen."

Frank Diekmann, Geschäftsführer Kopf & Steine (MS Dockville): „Das Dockville als Festival und als Labor für kreative Prozesse ist seit seiner Premiere 2007 zu einem wichtigen Impulsgeber der kulturellen Landschaft in Hamburg und speziell in Wilhelmsburg avanciert. Die langfristige Sicherung des Festivals und der damit einhergehenden Projekte wie Kunstcamp, Daughterville (Jugendprojekt) und Lüttville (Kinderprojekt) ist seit jeher unser größtes Ziel. Wir freuen uns, dass die Stadt Hamburg den kulturellen Wert und das große Potential des Dockville Festivals anerkennt. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten für diese mittelfristige Planungssicherheit und den konstruktiven Dialog über eine langfristige Zukunft."

Die Stadt Hamburg sowie die Kopf und Steine GmbH als Veranstalter des Dockvilles wollen das Festival auch über das Jahr 2015 hinaus an dem bisherigen Standort Wilhelmsburg am Reiherstieg halten. Hierfür ist gerade ein gemeinsames Eckpunktepapier in Abstimmung, das dem Festival und der Stadt mehr Planungssicherheit geben soll.

Das Dockville-Festival hat sich zu einem wichtigen Festival in Deutschland entwickelt. Neben international bekannten Bands, die zahlreich auf dem Festival vertreten sind, ist es zu einer Plattform für Nachwuchskünstler aus dem In- und Ausland geworden. Das Festival setzt sich mit der Ferienfreizeit Lüttville auch besonders für Kinder- und Jugendbildung ein und engagiert sich mit dem Kunstcamp im Bereich Bildende Kunst.

Rückfragen der Medien:
Laura-Helen Rüge
Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 293, E-Mail: laura-helen.ruege@kb.hamburg.de

01. August 2013/kb01

Neue Publikation über Hamburgs Denkmäler

Wie die Stadt ihre Denkmäler erhält und restauriert

Die Publikation „Die Hamburger Öffentlichen Bauten und die Denkmalpflege“ präsentiert ausgewählte Kulturdenkmäler, die der Freien und Hansestadt Hamburg gehören. Sie zeigt das Engagement der Stadt für ihr baukulturelles Erbe und gibt neue Einblicke in die Arbeit der Denkmalpflege der vergangenen zwanzig Jahre.

Die Publikation besteht aus zwei „Arbeitsheften zur Denkmalpflege in Hamburg“. Der erste Band präsentiert 54 über das Stadtgebiet verteilte Staatsbauten, mit vielen unterschiedlichen Nutzungsformen im gesamten Stadtgebiet, vom Hamburger Rathaus bis zum Leuchtturm auf Neuwerk. Der zweite Band behandelt neben der Schulbau-Geschichte beispielhaft 15 Schulbauten, von der 1885 errichteten Realschule in der Seilerstraße bis zu Bauten aus den Nachkriegsjahrzehnten wie dem Christianeum von Arne Jacobsen. Dabei geht es um die bau- und stadtgeschichtliche Bedeutung, die praktische Denkmalpflege, Fragen der Erhaltung und Restaurierung sowie der Vereinbarkeit von historischer Bausubstanz und modernen Nutzungsanforderungen.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Die Publikation «Die Hamburger Öffentlichen Bauten und die Denkmalpflege» belegt die umfangreichen Bemühungen der Stadt, ‚ihre‘ Denkmäler vorbildhaft zu pflegen, so wie es auch im Denkmalschutzgesetz festgehalten ist. Die große Vielfalt der Beispiele und Einblicke wird sicherlich viele Leser interessieren und ihnen wertvolle Erkenntnisse verschaffen.“

Die Arbeitshefte sind als Hardcover beim Verlag Hanseatischer Merkur erschienen und sowohl in einem gemeinsamen Schuber als auch einzeln erhältlich:
- „Hamburgs öffentliche Gebäude und die Denkmalpflege. Denkmal – Geschichte – Erhaltung. Band 1: Staatsbauten, Band 2: Schulbauten.“ ISBN: 978-3-922857-60-0, 316 Seiten, 29,80 EUR
- „Hamburger Staatbauten“ ISBN: 978-922857-61-7, 204 Seiten, 19,80 EUR
- „Hamburger Schulbauten“ ISBN: 978-922857-62-4, 112 Seiten, 16,90 EUR

Rückfragen der Medien:
Kristina Sassenscheidt, Denkmalschutzamt
Tel.: 040 / 428 24 – 707
E-Mail: kristina.sassenscheidt@kb.hamburg.de

29.07.2013/pr29

Die Freie und Hansestadt Hamburg verstärkt ihr Engagement beim Stadtportal hamburg.de

Die Freie und Hansestadt Hamburg stockt ihre Anteile am Stadtportal hamburg.de auf. Die Stadt erhöht im Wege eines Anteilskaufs von ihrer Mitgesellschafterin HSH Nordbank ihre Anteile von derzeit 20% auf 25,1.

Gleichzeitig verlängert die Stadt ihre vertragliche Zusammenarbeit mit hamburg.de bis Ende des Jahres 2021. Die Stadt gibt damit ein klares Signal für ein stärkeres Engagement bei hamburg.de und die Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit. Der Senat hat sich ferner mit dem Hauptanteilseigner, dem Medienunternehmen Axel Springer, einvernehmlich auf Kernpunkte für eine Weiterentwicklung des Stadtportals verständigt. Das betrifft etwa dessen weitere Internationalisierung.

Die Aufstockung der Anteile an hamburg.de steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Bürgerschaft.

Axel Springer stockt Mehrheitsbeteiligung an Stadtportal hamburg.de auf

Gleichzeitig stockt die Axel Springer AG ihre Anteile von 51,0% auf 61,9% auf. Hierzu erwirbt sie die anderen Anteile der HSH Nordbank. Axel Springer ist bereits seit dem Jahr 2007 an hamburg.de beteiligt.

"Wir wollen das führende digitale Medienunternehmen werden. Diesen Anspruch haben wir auch für unsere digitalen Aktivitäten in den Regionalmärkten. Vor diesem Hintergrund erfolgt unser Engagement bei hamburg.de konsequent entlang unserer Digitalisierungsstrategie", so Jens Müffelmann, Leiter des Geschäftsführungsbereichs Elektronische Medien der Axel Springer AG und Vorsitzender der Gesellschafterversammlung von hamburg.de.

Das offizielle Stadtportal der Freien und Hansestadt Hamburg bietet umfassende Services für Hamburger, Hamburg-Besucher sowie Unternehmen und wurde dabei mehrfach mit dem Publikumspreis „Website des Jahres“ ausgezeichnet. Nachdem sich das Portal seit Januar 2013

mit einem vollständig neuen Auftritt im Netz präsentiert, werden aktuell 4,2 Millionen Visits pro Monat erreicht, was einer Verdoppelung der Zahlen in den letzten fünf Jahren entspricht.

Rückfragen der Medien:
Christoph Holstein
Senatssprecher
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Tel.: 0404283122 44
Mobil: 01702881809
E-Fax: 040427915143
Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

Hendrik Lange
Axel Springer AG
Information und Öffentlichkeitsarbeit
Axel-Springer-Straße 65, 10888 Berlin
Telefon: +49 30 25 91-7 76 51
Fax: +49 30 25 91-7 76 42
hendrik.lange@axelspringer.de
www.axelspringer.de

Terminkalender

Vom 5. August bis 11. August 2013

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 05.08.2013

10:30 Grundschule Krohnstieg, Krohnstieg 107
Senator Ties Rabe nimmt an der Pressekonferenz zur **„Schultüten-Aktion 2013“** zum Beginn des neuen Schuljahres teil und verteilt im Anschluss Infoflyer in Form einer Schultüte an Autofahrerinnen und Autofahrer.

18:00 Anglo-German Club, Harvestehuder Weg 44
Staatsrätin Elke Badde, Staatsrat Dr. Bernd Egert und Staatsrat Andreas Rieckhof nehmen am **12. Sommerempfang des DEHOGA Hamburg** teil.

20:00 Atlantic Hotel, An der Alster 72 - 79
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich des **Iftar-Empfangs der WORLD MEDIA GROUP AG und HAMLE e.V.** ein Grußwort.

Dienstag, den 06.08.2013

12:00 Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt die **Generalkonsulin der Vereinigten Staaten von Amerika, Imni Patterson, zum Abschiedsbesuch**.

Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.

18:30 Mercedes-Benz Niederlassung Hamburg, Friedrich-Ebert-Damm 115
Senator Frank Horch nimmt am **Unternehmerabend “stationäre Brennstoffzelle“** teil.

Mittwoch, den 07.08.2013

12:00 Restaurant Bullerei, Lagerstraße 34b
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **20-jährigen Bestehens des Fleischgroßmarktes Hamburg** ein Grußwort.

14:30 Grone Bildungszentrum Hammerbrook, Heinrich-Grone-Stieg 1
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich einer **Willkommensveranstaltung für spanische und portugiesische Auszubildende der Stiftung Grone-Schule** ein Grußwort.

16:00 Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Olaf Scholz hält anlässlich der **gemeinsamen Veranstaltung von Senat und Bürgerschaft „50 Jahre gerechter unter den Völkern – 60 Jahre Holocaust-Gedenkstädte Yad Vashem“** eine Rede.

Senator Michael Neumann und Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nehmen teil.

19:00 Kampnagel, Festivalgarten, Jarrestraße 20
Senatorin Prof. Barbara Kisseler eröffnet das **„Internationale Sommerfestival“** mit einem Grußwort.

20:00 Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen des **Iftar-Empfangs des Bündnisses der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland** ein Grußwort.

Donnerstag, den 08.08.2013

10:00 Hotel Barcelo, Ferdinandstr. 15
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich der **Vorstellung der Studie „Zukünftiges Strommarktdesign und zukunftsfähige Finanzierungsmechanismen für erneuerbare Energien“** ein Grußwort.

11:00 Vattenfall, Andreas-Meyer-Straße 8
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Grundsteinlegung für den Wärmespeicher der Vattenfall GmbH am Standort Tiefstack** ein Grußwort.

16:00 Leo-Lippmann-Saal, Finanzbehörde, Gänsemarkt 36
Senator Michael Neumann hält anlässlich der **Eröffnung der Ausstellung „Braune Falle“** die Eröffnungsrede.

16:00 Brunsbüttel Ports GmbH, Elbehafen, 25541 Brunsbüttel
Senator Frank Horch nimmt an der Veranstaltung **ELBE-Seaports – Häfen & Logistik im Wirtschaftsraum Unterelbe** teil.

17:00 Schulmuseum, Seilerstraße 42
Senator Ties Rabe nimmt als Schirmherr an der **Preisübergabe des Schülerwettbewerbs „Was bedeutet Demokratie für mich?“** (Julius-Leber-Forum der Friedrich-EbertStiftung) teil und spricht ein Grußwort.

18:00 Commerzbank, Jungfernstieg 22
Senatorin Prof. Barbara Kisseler hält einen **Vortrag zur Veranstaltung „PolitikZeit“ beim AGA Unternehmensverband**.

20:00 Schmidt-Theater, Spielbudenplatz
Staatsrat Dr. Nikolas Hill und Staatsrat Dr. Bernd Egert nehmen an der **Schmidt-Geburtstagsgala anlässlich der Eröffnung des Schmidt-Theaters vor 25 Jahren** teil.

Freitag, den 09.08.2013

11:00 Zeltrestaurant "Welt der Häfen", IGS
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt am **Sommerfest der Bau-Innung** teil.

15:00 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Neuenfelder Str. 19
Senatorin Jutta Blankau nimmt die **4. Auszeichnung der Freien und Hansestadt Hamburg als UN-Dekade-Stadt** entgegen.

15:00 Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt die **Generalkonsulin der Portugiesischen Republik, Luisa Maria Marques Pais dos Santos Lowe**, zum Antrittsbesuch.

19:00 Süllberg, Süllbergterrasse 12
Bürgermeister Olaf Scholz, Senator Tschentscher, Staatsrat Dr. Nikolas Hill, Staatsrat Wolfgang Schmidt, Staatsrat Andreas Riekhof und Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek besuchen die **Nacht der Medien 2013** des Allgemeinen Hamburger Presseclubs e. V..

20:00 Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestr. 20
Senatorin Jutta Blankau spricht beim **Inselball der Wilhelmsburger-Altherren-**

Auswahl anlässlich der Einnahme des 1 Millionsten Euro an Spendengeldern ein Grußwort.

Senator Michael Neumann nimmt teil.

Samstag, den 10.08.2013

13:55 HafenCity
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der feierlichen **Eröffnung der Brücke über den Baakenhafen** ein Grußwort.

20:00 Regattastrecke Allermöhe
Senator Michael Neumann nimmt an der **Pokalübergabe zum diesjährigen Taiwan-Cup** teil.

Sonntag, den 11.08.2013

10:00 Saseler Parkweg 14
Senator Michael Neumann nimmt an der offiziellen **Einweihung der neuen Sportanlage des TSV Sasel e.V.** teil.